

WP-Update

Erholung mit strukturellen Risiken

Deutschlandmonitor 2/2026

Die deutsche Wirtschaft hat im ersten Halbjahr des laufenden Jahres **spürbar an Dynamik gewonnen**. Die **expansive Finanzpolitik** und **überraschend starke Exporte** konnten die Belastungen durch den Energiepreisschock infolge des Iran-Konflikts bislang weitgehend abfedern. Entsprechend haben führende Wirtschaftsforschungsinstitute ihre jüngsten **Konjunkturprognosen deutlich nach oben revidiert**. Auch Unternehmen blicken wieder zuversichtlich in die Zukunft. Dennoch deutet der konjunkturelle Aufschwung bislang nicht auf eine nachhaltige Belebung der wirtschaftlichen Aktivität hin. Anhaltende **geopolitische Risiken** sowie die in den nächsten Jahren **nachlassende expansive Wirkung der Finanzpolitik** werden die wirtschaftliche Erholung Deutschlands in Zukunft belasten. Zudem ist das **geringe Wachstumspotenzial** der deutschen Wirtschaft maßgeblich auf **strukturelle Ursachen** zurückzuführen. Vor diesem Hintergrund hat die Bundesregierung am 2. Juli dieses Jahres ein Reformpaket zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland beschlossen. Zwar enthält das Paket nach Einschätzung führender Ökonomen wichtige Maßnahmen, diese dürften jedoch nicht ausreichen, um eine langfristige nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung zu gewährleisten. Neben internationalen Unsicherheiten belasten auch **innenpolitische Entwicklungen** die wirtschaftlichen Perspektiven. Die Wahlsiege der AfD in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern werfen drängende **Fragen nach der politischen Stabilität** des Landes auf. Dadurch könnte Deutschland für Investoren weniger attraktiv werden und die Gewinnung qualifizierter Zuwanderer dürfte sich erschweren. Eine Umfrage des IW Köln (2026) zeigt zudem, dass Unternehmen die **Demokratie als wichtigen Faktor für den Wirtschaftsstandort** sehen, zugleich aber eine zunehmende Gefährdung dieser wahrnehmen. Diese Sorge ist bei ostdeutschen Unternehmen mit 60,3 % stärker ausgeprägt als bei westdeutschen Unternehmen (54,6 %).

Makrodaten auf einen Blick

Reale Veränderung zum Vorjahr in %		BIP	Verbraucherpreise	Privater Konsum	Exporte
Deutschland	2025	0,2	2,2	1,3	-0,9
	2026	1,3	2,8	0,3	3,7
	2027	1,1	3,2	0,4	2,2
Österreich	2025	1,0	3,6	0,7	1,5
	2026	0,5	3,0	0,5	1,3
	2027	1,3	2,3	1,0	2,1

Quelle: Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2026, OeNB Interim Prognose September 2026, OeNB Gesamtwirtschaftliche Prognose Juni 2026.

Nach der jüngsten Sommerrevision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) stellt sich die gesamtwirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre etwas günstiger dar. Auch im ersten Halbjahr expandierte die deutsche Wirtschaft, wenn auch moderat. So belief sich das **BIP-Wachstum im ersten Quartal auf 0,4 %** (ggü. Vorquartal) und im **zweiten Quartal auf 0,3 %**. Die Wachstumsprognosen für 2026 wurden aufgrund des neuen Datenstandes sowie den stärker als vorher angenommenen Impulse aus der Finanzpolitik und aus dem Ausland nach oben revidiert.

Die Gemeinschaftsdiagnose führender Wirtschaftsforschungsinstitute erhöht das BIP-Wachstum für 2026 von 0,6 % (Frühjahr 2026) auf **1,3 %** (Herbst 2026).

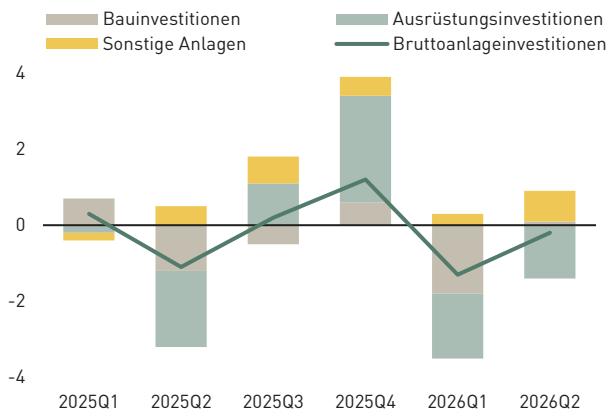
- Das **Auslandsgeschäft** entwickelte sich in der ersten Jahreshälfte 2026 überraschend dynamisch und wirkte somit den dämpfenden Effekten entgegen, die seit Beginn des Irankonflikts aus dem **Kaufkraftverlust** infolge der gestiegenen **Energiepreise** resultierten.
- Die **Inflation** wird sich **2026** voraussichtlich auf **2,8 %** belaufen und auch **2027** trotz abklingender Energierohstoffpreisen hoch bleiben (**3,2 %**). Während die **höheren Rohstoffpreise** bislang vor allem über **teurere Kraftstoffe** auf die Verbraucher durchschlugen, dürften **indirekte Effekte** über **höhere Produktionskosten** erst im kommenden Jahr stärker wirksam werden.

Staatliche Impulse tragen Investitionen

Die **expansive Finanzpolitik** gibt der Konjunktur spürbare Impulse. Die zusätzlichen staatlichen Mittel für Infrastruktur, Klimaneutralität und Verteidigung treiben den **öffentlichen Konsum sowie Investitionen** weiter an. Die staatlichen Ausgaben dürften sich auch im kommenden Jahr ausweiten, werden jedoch vor allem durch Sparmaßnahmen in der gesetzlichen Krankenversicherung **weniger expansiv** ausfallen.

Bruttoanlageinvestitionen in sonstige Anlagen steigen

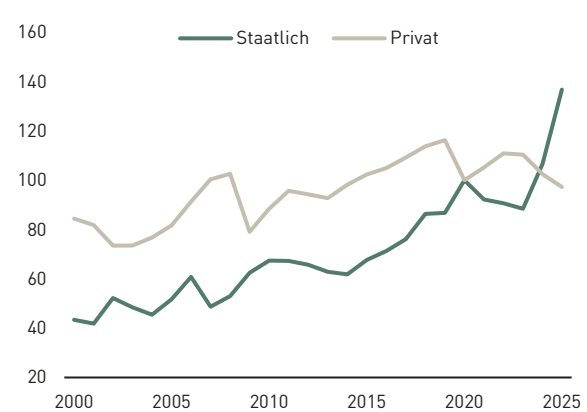
Veränderung zum Vorquartal (%)



Quelle: Destatis | Preis-, kalender- und saisonbereinigt.

Staatliche Ausrüstungsinvestitionen steigen dynamischer

Kettenindex (2020 = 100)



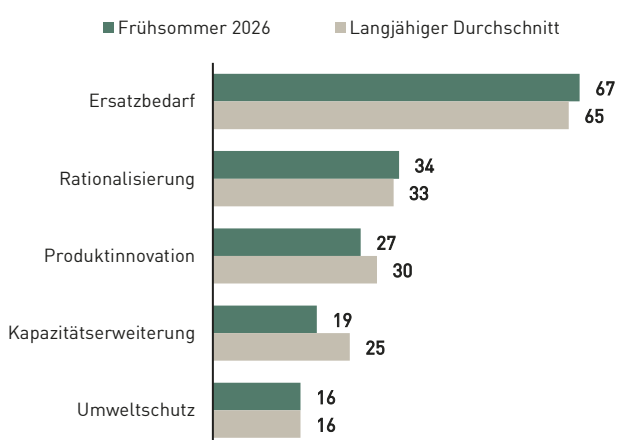
Quelle: Destatis | Preisbereinigt.

Bruttoanlageinvestitionen gingen im ersten Quartal 2026 um **1,3 %** gegenüber dem Vorquartal zurück und sanken im zweiten Quartal leicht um **0,2 %**.

- Bauinvestitionen** sanken im ersten Quartal, unter anderem aufgrund der ungewöhnlich kalten Witterung, um **1,8 %**, bevor sie im zweiten Quartal leicht um **0,1 %** stiegen. Frühindikatoren deuten auf eine moderate Belebung im dritten Quartal hin. Insbesondere der Tiefbau dürfte von öffentlichen Aufträgen profitieren (IfW Kiel).
- Ausrüstungsinvestitionen** sanken sowohl im **ersten (-1,7 %)** als auch im **zweiten Quartal (-1,4 %)**. Der Rückgang im ersten Quartal war vor allem auf einen Rückpralleffekt bei den staatlichen Investitionen nach einem starken Schlussquartal 2025 zurückzuführen. Im **zweiten Quartal** führten **rückläufige private Investitionen (-1,8%)** zu einem negativen Gesamtergebnis, während **staatliche Investitionen stiegen (1,6 %)**. Zwar dürften sowohl die staatlichen als auch die privaten Ausrüstungsinvestitionen im dritten Quartal zunehmen, im weiteren Jahresverlauf dürfte das Wachstum jedoch weiterhin vor allem von den staatlichen Investitionen getragen werden.
- Investitionen von sonstigen Anlagen (0,3 % in Q1; 0,8 % in Q2)** werden maßgeblich von Investitionen in **Software und KI-Anwendungen** getragen, die sich auch in den Ausrüstungsinvestitionen niederschlagen dürften.

Unternehmen sehen hauptsächlich Ersatzinvestitionen vor

Motive Unternehmen für Investitionen im Inland (%)



Quelle: DIHK | Mehrfachnennung möglich, Durchschnitt seit 2003.

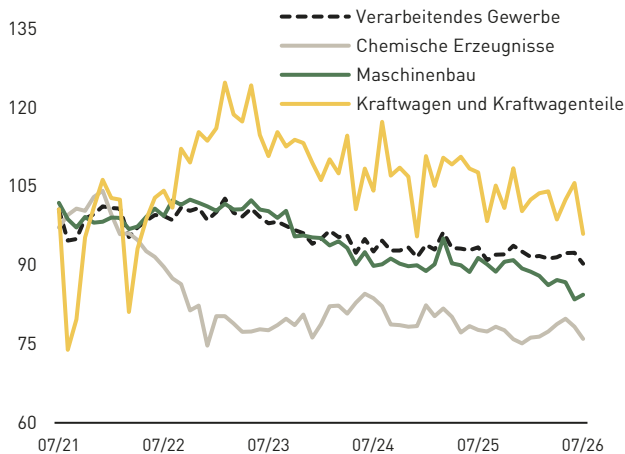
Umfragen der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) aus dem Frühsommer 2026 zeigen, dass deutsche Unternehmen bereits seit einigen Jahren eine **geringe Investitionsbereitschaft** aufweisen. Lediglich **23 % der Unternehmen** sehen Investitionen vor, wobei der Großteil **Ersatzbedarf als Investitionsmotiv** nennen (**67 %**). Besonders Energie- und Rohstoffpreise sowie wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen, hohe Arbeitskosten und die Inlandsnachfrage werden als größte Geschäftsrisiken wahrgenommen. **Ähnliche Herausforderungen** werden auch von **österreichischen Unternehmen** wahrgenommen, wo **Ersatzbedarf ebenfalls als zentrales Investitionsmotiv** bei rund **65 %** der Unternehmen genannt wird (WKÖ-Wirtschaftsbarometer 2026).

Die Industrie erholt sich, bleibt aber unter Druck

Auch das Verarbeitende Gewerbe trug in der ersten Jahreshälfte 2026 zur konjunkturellen Erholung bei. Im dritten Quartal dürfte die Expansion der Industrie jedoch durch das Niedrigwasser im Rhein vorübergehend gebremst werden. Zudem wird die **sinkende Wettbewerbsfähigkeit** die Industrie weiterhin belasten.

Produktion in der Automobilindustrie sinkt erneut

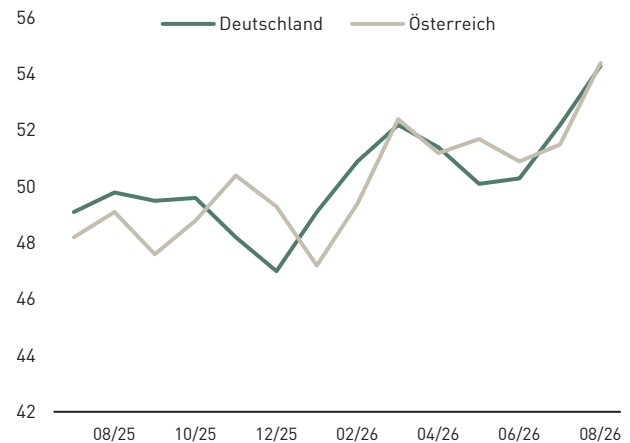
Verarbeitendes Gewerbe, Volumenindex (2021 = 100)



Quelle: Destatis | Preis-, kalender- und saisonbereinigt.

Der EMI erreicht den höchsten Wert seit vier Jahren

Einkaufsmanagerindex (EMI) Verarbeitendes Gewerbe



Quelle: Trading Economics | Monatsdaten.

Nach einem **leichten Aufwärtstrend in den Vormonaten** ist die Industrieproduktion laut vorläufigen Daten des Statistischen Bundesamtes **im Juli wieder um 2,2 % gesunken** (-3,3 % ggü. dem Vorjahresmonat).

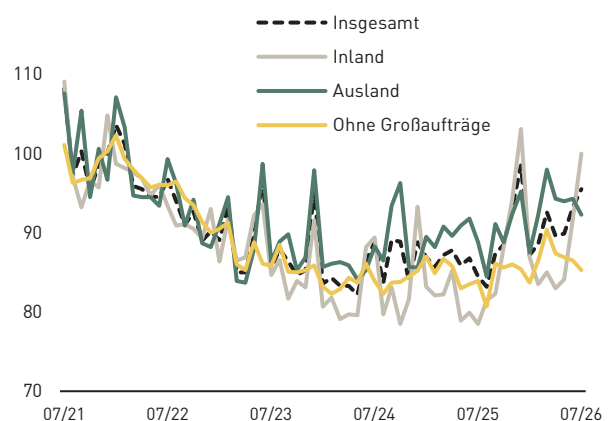
- Der Rückgang im Juli ist vor allem auf die **deutlich gesunkene Produktion in der Automobilindustrie** zurückzuführen (-9,2 % ggü. Vormonat), die im Mai (3,6 %) und Juni (3,6 %) noch gestiegen war. Vor allem eine mehrwöchige Produktionspause wegen Umbauten für Elektroautos trugen zum Rückgang bei.
- Die **chemisch-pharmazeutische Industrie** konnte in der ersten Jahreshälfte des laufenden Jahres **von Sondereffekten profitieren**: Angesichts des Nahostkonflikts stockten viele Unternehmen ihre Lager auf, während Lieferkettenprobleme bei Wettbewerbern aus Asien oder dem Nahen Osten deutsche und europäische Hersteller begünstigten. Im zweiten Quartal stieg die Produktion um 2,4 % (ggü. Vorquartal) fiel im Juni und Juli jedoch wieder.

Trotz der wieder sinkenden Produktion bleibt der **Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe** auch im Juli (2,5 % ggü. Vormonat; 13,1 % ggü. Vorjahresmonat) **aufwärtsgerichtet**. Im Dreimonatsvergleich war der Auftragseingang von Mai bis Juli 2026 **2,9 % höher** als in den drei Monaten zuvor. Auch der Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe in Deutschland ist im August **auf 54,3 Punkte gestiegen**. Damit erreichte das Wachstum die stärkste Dynamik seit Mai 2022.

- Der Anstieg der Aufträge kam vor allem durch **inländische Großaufträge im Rüstungsbereich** sowie im Rahmen des Sondervermögens für Infrastruktur und Klimaneutralität. Ohne Großaufträge sank der Auftragseingang im Dreimonatsvergleich um 2,2 %.
- Besonders der **Schiff-, Schienenfahrzeug- und Flugzeugbau** hat im Juli von Großaufträgen profitiert und konnte sich im Vergleich zum Vormonat mehr als verdoppeln (126,4 %). Negativ wirkten sinkende Aufträge in der **Automobilindustrie** (-12,5 %).
- Die Reichweite des Auftragsbestands stieg im Juli mit neun Monaten auf ein **Rekordhoch**, was auf eine weiterhin höhere Auslastung in den kommenden Monaten hindeutet.

Auftragseingänge kommen hauptsächlich aus dem Inland

Verarbeitendes Gewerbe, Volumenindex (2021 = 100)



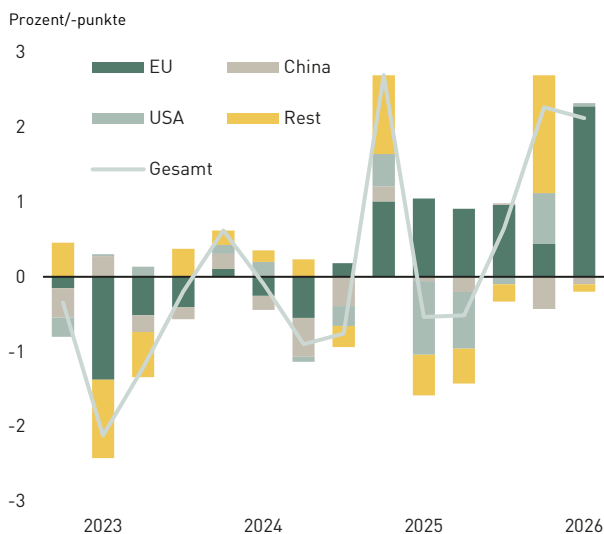
Quelle: Destatis | Preis-, kalender- und saisonbereinigt.

Exporte stützen konjunkturelle Erholung im ersten Halbjahr 2026

Exporte nahmen im ersten Halbjahr überraschend stark zu. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum stiegen Exporte um **3,9 %**, Importe sogar um **4,7 %**. Dies ist besonders bemerkenswert, da sich Deutschlands Exportentwicklung zuletzt **vom Welt-handel entkoppelt** hatte und deutlich schwächer gewachsen war. Zwar profitierten die Exporte wieder stärker von der robusten Weltkonjunktur, die **gesunkene Wettbewerbsfähigkeit** belastet Deutschlands Exporte jedoch weiterhin. Zudem könnten Produktionsstörungen infolge des Niedrigwassers im Rhein die Exporttätigkeit im dritten Quartal beeinträchtigen. Vorläufige Daten aus dem Juli deuten bereits erstmals seit fünf Monaten auf einen leichten Rückgang der Exporte um **0,8 %** ggü. dem Vormonat hin, während die Importe um **5,7 %** zurückgingen. Im Vergleich zum Juli des Vorjahres waren die Exporte jedoch um **6,1 %** höher.

Exporte nach China sinken kontinuierlich

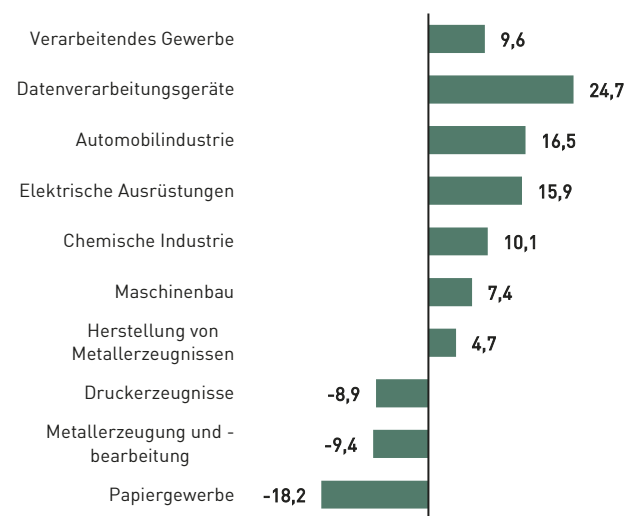
Beiträge zu den nominalen Warenausfuhren



Quelle: Destatis | Quartalsdaten, kalender- und saisonbereinigt.

Exportserwartungen im August stark gestiegen

Salden (August 2026)



Quelle: ifo Institut | Saisonbereinigt.

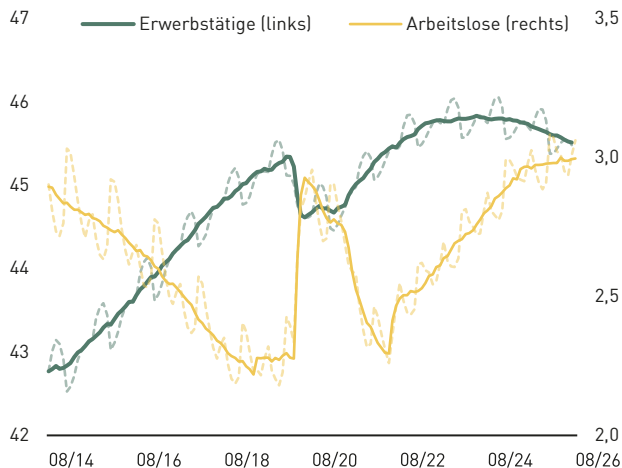
- **China** blieb im ersten Halbjahr 2026 Deutschlands **wichtigster Handelspartner**. Im ersten Halbjahr 2026 stiegen die Importe aus China erneut gegenüber dem Vorjahreszeitraum, während die deutschen Exporte nach China zurückgingen. Dadurch erhöhte sich der **Importüberschuss im Handel** mit China deutlich von **40,5 Mrd. Euro** im ersten Halbjahr 2025 auf **52,7 Mrd. Euro** im ersten Halbjahr 2026.
- Auch die Exporte in die **USA** gingen im ersten Halbjahr 2026 zurück. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum sanken sie um **6,1 %**, während die Importe um **7,0 %** zulegten. Besonders stark gingen dabei die Exporte von **Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeugteilen** zurück (**-17,2 %**). Die USA blieben damit zwar Deutschlands **wichtigstes Abnehmerland**, liegen beim Exportüberschuss (22,5 Mrd. Euro) jedoch nicht mehr an erster Stelle. Den höchsten Exportüberschuss erzielte Deutschland im ersten Halbjahr 2026 im Handel mit Frankreich (25,7 Mrd. Euro). Im Juli legten die deutschen Exporte in die USA jedoch wieder kräftig zu (**+19,1 %** ggü. Juni; **+28,3 %** ggü. dem Vorjahresmonat). Ein Grund dürfte das **Inkrafttreten des Zollabkommens** zwischen den USA und der EU gewesen sein. Der Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA) sieht zudem eine **steigende US-Nachfrage nach deutschen Exporten** im Zuge der **Reindustrialisierung** sowie der **Investitionen in KI-Anwendungen und Rechenzentren**. Im Juli stiegen **Elektroexporte** in die USA um **23,3 %** verglichen mit der Vorjahresperiode.
- Auch die **EU** blieb ein wichtiger **Wachstumstreiber für die deutsche Elektroindustrie**: Während die Gesamtexporte in die EU im Juli um **1,6 %** zurückgingen (Eurozone: **-2,8 %**), entwickelten sich die Elektroexporte in die EU weiterhin positiv. In den ersten sieben Monaten entfielen **fast 90 % des Exportwachstums der Elektroindustrie** auf die EU.
- Die **Stimmung in der deutschen Exportwirtschaft bleibt positiv**: Laut dem ifo Institut stiegen die **Exportserwartungen** im August auf **+9,6 Punkte**, den höchsten Wert seit Februar 2022 und stärksten Anstieg seit Juni 2020. Besonders Hersteller von Datenverarbeitungsgeräten und elektronischer Ausrüstung blickten optimistisch auf die Exportentwicklung. Dies dürfte die fortschreitende Digitalisierung und steigende KI-Investitionen widerspiegeln.

Im Fokus: Arbeitsmarkt unter Druck

Der deutsche Arbeitsmarkt konnte bislang noch nicht vom konjunkturellen Aufschwung profitieren und wird sich wohl auch erst im kommenden Jahr leicht erholen (ifo Institut, IfW Kiel). Auch das Arbeitsmarktbarometer des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) stagniert weiterhin mit **99,5 Punkten** leicht unter der neutralen 100-Punkte-Marke, während das ifo Beschäftigungsbarometer im August zuletzt **positive Signale** zeigte.

Mehr als drei Millionen Arbeitslose registriert

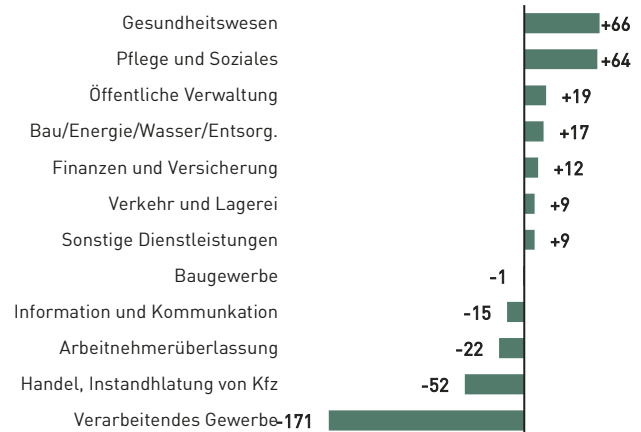
Anzahl in Millionen, monatliche Daten



Quelle: Bundesagentur für Arbeit | Gestrichelte Linie: nicht saisonbereinigt.

Vor allem Industriearbeitsplätze gehen verloren

Veränderung ggü. Vorjahr in Tausend, Juni 2026

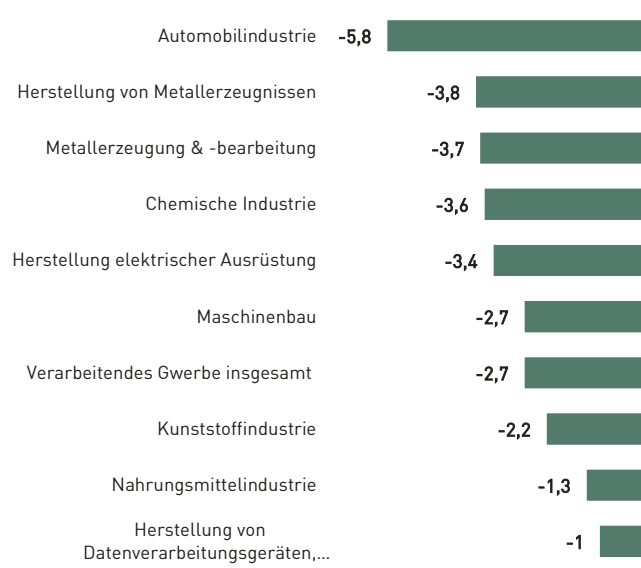


Quelle: Bundesagentur für Arbeit | Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte.

- Der **demografische Wandel** macht sich zunehmend am Arbeitsmarkt bemerkbar: Die Zahl der Erwerbstätigen ist seit rund 1,5 Jahren rückläufig und sank im ersten Halbjahr 2026 durchschnittlich um 19.000 Personen pro Monat. Bis 2040 werden rund 13,3 Mio. Erwerbspersonen das gesetzliche Renteneintrittsalter von 67 Jahren überschritten haben. Das sind **30 % der Erwerbspersonen**, die 2025 dem Arbeitsmarkt zur Verfügung standen.
- Bei Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit sinkt die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bereits seit Anfang 2023. Das Beschäftigungswachstum ausländischer Staatsangehöriger kann diesen Rückgang seit Mitte 2025 nicht mehr ausgleichen.
- Auch das **Arbeitsvolumen geht zurück**. Laut IAB stieg die Zahl der **Teilzeitbeschäftigten** im zweiten Quartal 2026 um **0,5 %** ggü. dem Vorjahresquartal, sodass die Teilzeitquote mit **40,3 %** einen Rekordwert erreichte. Die Zahl der Vollzeitbeschäftigten hingegen sank um 0,9 %.
- Die **Arbeitslosigkeit** hat im Juli 2026 die **Drei-Millionen-Marke überschritten** und stieg im August saisonbedingt um 0,1 Prozentpunkte auf **6,5 %**. Im Vergleich zu August 2025 waren 36.000 Menschen mehr arbeitslos. Zudem bleibt die Nachfrage nach Arbeitskräften schwach.
- Auch die **Arbeitslosigkeit unter Akademikern**, also Personen mit (Fach-)Hochschulabschluss, nimmt zu. Im Jahr 2025 erreichte die Zahl mit rund 335.000 einen Höchststand, das sind **16 %** mehr als 2024 (65 % ggü. 2015). Der Anstieg fiel damit stärker aus als bei der Arbeitslosigkeit insgesamt (+6 %). Dazu trägt auch die Fluchtmigration bei: Rund ein Fünftel des Anstiegs entfiel auf Geflüchtete, deren **Arbeitsmarktintegration** aufgrund von Sprachbarrieren und der Anerkennung von Bildungsabschlüssen häufig Zeit benötigt. Trotzdem liegt die Arbeitslosenquote unter Akademikern (2025: 3,3 %) weiterhin deutlich unter jener von Personen **ohne Berufsabschluss (21,3 %)**, nähert sich jedoch der Quote von Personen mit **beruflicher Ausbildung (3,6 %)** an.
- Auch **regional** zeigt sich ein ähnliches Bild: Vor allem in **Ostdeutschland** geht die Beschäftigung bereits seit Jahren zurück; in vielen ostdeutschen Bundesländern stieg die Arbeitslosigkeit zuletzt mit am stärksten.
- Die **Beschäftigungsentwicklung verläuft branchenbezogen unterschiedlich**: Beschäftigungszuwächse vor allem im staatsnahen Bereich stehen seit einiger Zeit Rückgänge in konjunkturabhängigen Branchen gegenüber. Der starke Rückgang im Verarbeitenden Gewerbe überwiegt jedoch die Zuwächse in Gesundheit, Pflege und Soziales.

So wenig Beschäftigte in der Automobilindustrie wie noch nie seit 2005

Veränderung zum Ende H1 2026 ggü. dem Ende H1 2025 (%)



Quelle: Destatis | Beschäftigte, ausgewählte Industriebranchen.

Im Verarbeitenden Gewerbe sank die Zahl der Beschäftigten innerhalb des letzten Jahres um 144.000 bzw. 2,7 % auf 5,29 Millionen. Besonders stark ist der Beschäftigungsabbau in der **Automobilindustrie**. Zum Ende des ersten Halbjahres 2026 waren dort 42.300 Personen weniger beschäftigt als ein Jahr zuvor (-5,8 %). Mit **691.500 Beschäftigten** erreichte die Branche damit den niedrigsten Stand seit 2005. Die Automobilindustrie bleibt dennoch nach dem Maschinenbau (905.900 Beschäftigte) die **zweitgrößte Industriebranche** Deutschlands. Zunehmender internationaler Wettbewerbsdruck, hohe Arbeitskosten und eine schwache Produktivitätsentwicklung dürften den Stellenabbau in der Automobilindustrie weiter verstärken. Die Pläne großer deutscher Autohersteller waren in den letzten Daten des Statistischen Bundesamtes noch nicht einmal enthalten: BMW kündigte beispielsweise an, weltweit 8.000 Jobs zu streichen. Auch bei VW sollen Zehntausende Stellen abgebaut werden.

Bis 2029 werden in Deutschland 723.000 Fachkräfte fehlen

Fachkräftemangel, Trendfortbeschreibung 2024 bis 2029



Quelle: IW Köln | Differenz offener Stellen und passend qualifizierter Arbeitsloser nach Berufsgruppe.

Laut Berechnungen des IW Köln, die auf Daten bis Ende 2024 basieren, werden in Deutschland bis 2029 rund **723.000 Fachkräfte** fehlen, sollte sich die Entwicklung wie bisher fortsetzen. Dementsprechend würde die Fachkräftelücke bis 2029 um **47 %** steigen. Auch zusätzliche Einwanderung könnte den demografischen Wandel nicht ausgleichen, sollte sie im bisherigen Tempo fortschreiten. Laut Daten des Statistischen Bundesamtes ist die **Nettozuwanderung** 2025 gegenüber 2024 um **40 % gesunken** und reicht damit nicht mehr aus, um das Geburtendefizit auszugleichen. Der Fachkräftemangel könnte außerdem dazu führen, dass die **Umsetzung des Sondervermögens erschwert** wird. Nach den bisherigen Trends würden 2029 rund 15.000 Fachkräfte für Bauplanung und -überwachung fehlen. Besonders stark betroffen sind Ausbildungsberufe, die beispielsweise für den Strukturwandel in der Industrie essenziell sind.

FAZIT: Die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands zeigt, dass staatliche Impulse zwar zu vorübergehenden Wachstumsdynamiken führen, diese jedoch kein Mittel für die Lösung **struktureller Probleme** darstellen. **Steigender internationaler Wettbewerbsdruck, geringe private Investitionen, hohe Kosten, eine schwache Produktivitätsentwicklung und der demografische Wandel** bleiben zentrale Herausforderungen. Erste Erholungssignale der Industrie und steigende Auftrags-eingänge sind zwar positive Signale, gleichzeitig verdeutlicht aber gerade die Automobilindustrie die **strukturellen Veränderungen, vor denen der industrielle Kern des Landes steht**. Für Österreich ist die **Entwicklung besonders relevant**, da Deutschland der wichtigste Handelspartner ist und viele österreichische Unternehmen eng in deutsche Wertschöpfungsketten eingebunden sind. Eine anhaltende Schwäche der deutschen Industrie würde daher auch die **österreichische Exportwirtschaft** belasten. Gleichzeitig stehen beide Länder vor **ähnlichen Herausforderungen**. Für die beiden Nachbarn gilt es daher sowohl national als auch auf europäischer Ebene die erforderlichen standortpolitischen Weichen zu stellen.



Weitere
Publikationen
finden Sie auf
unserer Website!

Medieninhaber/Herausgeber:
Wirtschaftskammer Österreich
Abteilung für Wirtschaftspolitik
Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien
wp@wko.at, wko.at/wp, Tel: +43 5 90 900 | 4401

Abteilungsleitung:
MMag. Claudia Huber

Chefredaktion:
Thomas Eibl

Autor/Ansprechpartner:
Theresa Francke,
theresa.francke@wko.at
Tel: +43 5 90 900 | 5336
25. September 2026